

Betrifft: Wahlprogramm der Grünen „Deutschland. Alles ist drin“

1. Beispiele grüner Botschaften

- Drastische Eingriffe in die Wirtschaft – mit Steuererhöhungen, neuen Vergabekriterien, politisch motivierten, deutlich erhöhten Mindestlöhnen u.a. Maßnahmen erfolgt ein Angriff auf Tarifautonomie und wirtschaftliche Freiheit
-
- Politisierung des Mindestlohnes durch Erhöhung auf 12€/Std ohne die Tarifpartner
- Ende der heimischen Förderung fossiler Brennstoffe und des Abbaus von Kies und Sand bringen vollständige Importabhängigkeit
- Einführung der dauerhaften Schulden-Union (durch Verstetigung des europäischen Corona-Wiederaufbaus-Fonds)
- Faktische Abschaffung der Schuldenbremse
- Deutsche Staatsbürgerschaft für alle, die in Deutschland geboren sind oder sich fünf Jahre hier aufhalten
- Voller Zugang für Asylbewerber zum Sozialstaat ab dem ersten Tag
- Abschaffung der sicheren Drittstaaten, auch innerhalb der EU
- Deutliche Erweiterung des Familiennachzugs von Asylbewerbern (inkl. Nachzug von Geschwistern und deren Familien)
- Politisch induzierte Verteuerung von Diesel: +36ct/l, Benzin: +18ct/l, Heizöl, +18ct/l (vgl. 2020) ab 2022
- Geschwindigkeitsbegrenzung von in der Regel 30 km/h innerorts und 130 km/h auf allen Autobahnen
- Drastische Verschärfung der Grenzwerte für Luftschadstoffe, die nur durch drastische Verbote für Verkehr, Industrie, Heizanlagen erreichbar wären („Diesel-Fahrverbot 2.0“)
- Gesetzliche Mietobergrenzen im Bestand, Einschränkung der Mieterhöhungs- und Umlagemöglichkeiten
- Zerschlagung des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV)
- Weitestgehende Beendigung des privaten Waffenbesitzes, auch bei Jägern und Sportschützen
- Keine einzige Erwähnung des Linksextremismus im Programm, aber ein Dutzend Mal wird der Rechtsextremismus - auch im Kontext mit der Polizei und der Bundeswehr - erwähnt

2. Zusammenfassender Artikel aus der NZZ vom 29.03.2021

<https://www.nzz.ch/international/das-gruene-wahlprogramm-will-mit-quoten-und-verbotten-ein-neues-deutschland-ld.1608504>

Die Partei Robert Habecks und Annalena Baerbocks profitiert bis jetzt am meisten von der Schwäche der Union. Sie gilt als bürgerlich, doch das ist ein Trugschluss. Der Blick ins Programm zeigt: In einer grünen Republik nähme der Staat seine Bürger unablässig bei der Hand. [...]

Die politische Führung wollen, inhaltlich wie personell

[Es] lohnt sich, die 137 programmatischen Seiten mit dem neckischen Titel «Deutschland. Alles ist drin» zu studieren. So und nicht anders wollen die Grünen das Land fundamental verändern. Das Programm bietet ausdrücklich allen ein umfassendes Angebot. In den Worten Baerbocks: «Wir wollen die Breite der Gesellschaft erreichen, und die erreicht man nicht, indem man nur in seiner eigenen Blase herumturnt, sondern indem man hinausgeht ins Land, indem man pragmatisch Lösungen findet.»

Grüne Politik ist einem klimapolitischen Imperativ untergeordnet. Selbst die grüne Kandidatin für das Amt des Berliner Bürgermeisters, Bettina Jarasch, sagt, angesprochen auf ihre Pläne für die Stadt: «Das Hauptthema ist, dass wir die Klimakatastrophe stoppen müssen» – in Berlin, wohlgermerkt.

Grüne Politik ist Katastrophenabwehrpolitik. Das Klima setzt in dieser Perspektive der Menschheit eine letzte Frist. Anno 2020/21 beginnt für die Grünen das entscheidende Jahrzehnt, denn «heute ist unser Sprungtuch in ein besseres Morgen». Baerbocks Worte vom digitalen Parteitag im November vergangenen Jahres mögen die Poesie eines Kalenderspruchs verströmen. Sie bemänteln indes einen klaren Willen zur Macht. Der Entwurf zum Wahlprogramm beginnt nach einem identitätspolitischen Aufschlag mit dem Bekenntnis, die Grünen wollten «die politische Führung in diesem Land, inhaltlich und personell».

Gesetze, Gesetze, Gesetze

Der hohe Anspruch ergibt sich aus der Dringlichkeit der Situation. Die Grünen sehen sich unmittelbar beauftragt vom Klima. Das Klima ist der wahre Souverän, von ihm beziehen die Grünen ihr Mandat. [...]

Damit beginnen die Probleme. Selbst wenn Habeck oder Baerbock den Weg ins Kanzleramt finden, hätte eine große Mehrheit der Bürger nicht die aktuell auf 23 Prozent taxierten Grünen gewählt. Wie geht man mit denen um? Wie macht man aus skeptischen Privatleuten grün engagierte Bürger? Durch Geld und Gesetze. Der grüne Staat ist ein Umverteilungsstaat. Er sitzt auf einem Berg von Geld und teilt es den Richtigen zu. Die Grünen wollen laut Wahlprogramm einführen: ein Klimawohngeld, eine Mobilitätsprämie, eine Kindergrundsicherung mit «Garantie-Plus-Beitrag» und eine allgemeine Garantiesicherung, außerdem eine «KinderZeit Plus». Nahverkehr und Volksbildung und «Diversity» sollen üppig subventioniert werden.

Die Grünen wollen ein Wertstoffgesetz erlassen und ein Rettet-die-Lebensmittel-Gesetz, ein Bundesqualitätsgesetz für KITAS, ein Demokratiefördergesetz, ein Einwanderungsgesetz, ein Gesetz für digitalen Gewaltschutz, ein Barrierefreiheitsgesetz, ein Entgeltgleichheitsgesetz, ein Bundesantidiskriminierungsgesetz und ein Bundesinklusionsgesetz. Es soll vermehrt «Bürger*innenräte» geben, eine erweiterte Bundesstiftung Gleichstellung, einen Partizipationsrat, einen Antirassismusbeauftragten, einen Rechtsanspruch auf Weiterbildung, ein Recht auf Wohnen und ein Recht auf Reparatur von Elektrogeräten.

Nur planetare Grenzen gibt es noch

Diese und viele weitere «politische Leitplanken» stehen unter dem Vorbehalt, dass sie dem Klima nützen und die Klimaneutralität voranbringen: «Wir setzen Prioritäten. Von jetzt an wird belohnt und gefördert, was Mensch und Tier, Klima und Natur schützt. Und was zerstörerisch wirkt, muss dafür auch die Kosten tragen und Schritt für Schritt überwunden werden.» Klimaschutz sei eine «Frage des politischen Kanons».

Zu überwinden sind durch eine «globale sozial-ökologische Transformation», die nur planetare Grenzen kennt, Kernbereiche der Marktwirtschaft und des freien Wettbewerbs. Bereits im Grundsatzprogramm [...] von 2020 hieß es, im Wettbewerb solle fortan erfolgreich sein, «wer übergeordnete gesellschaftliche Ziele nicht konterkariert, sondern befördert». Alle wirtschaftliche Aktivität müsse sich am «gesamtgesellschaftlichen Wohlstand» ausrichten. Solche Ergebnisse lassen sich nur erreichen, wenn der Staat massiv in den Wettbewerb eingreift und Sieger nach seinem Gusto kürt. Der Staat ist es auch,

der festlegt, welche Form des Wirtschaftens reüssieren darf. Er entscheidet nach seinen weltanschaulichen Vorgaben, wie sich «gesamtgesellschaftlicher Wohlstand» definiert.

Robert Habeck sagte in einem Interview, jeder Mensch wäre überfordert, müsste er sich bei jeder Kaufentscheidung politisch korrekt verhalten. Um dennoch «möglichst viel korrektes Verhalten» zu erreichen, bedürfe es der Politik: «Wir müssen nicht bessere Menschen machen, wir brauchen bessere Politik.» Alles andere wäre die von ihm abgelehnte «Privatisierung von politischen Prozessen». Im Programmentwurf zur Bundestagswahl steht der entsprechende Satz: «Wir begreifen es als unsere Aufgabe, bessere Regeln zu schaffen, nicht den besseren Menschen.» Menschen, heißt das, denen man die Möglichkeit nimmt, sich falsch zu entscheiden, entscheiden sich automatisch richtig. Habeck will die «Konsumenten-Demokratie» überwinden.

Eine abgründige Unwucht

Wenn es ab 2025, wie es die Grünen wollen, nur noch «To-go-Mehrwegbecher» gibt, kommt der Mensch gar nicht in die Versuchung, Einwegbecher zu kaufen. Wenn es «verbindliche Reduktionsstrategien für Zucker, Salz und Fett» gibt, kann der Konsument gar nicht zum überzuckerten Fast Food greifen, denn überzuckerten Fast Food wird es nicht mehr geben. Dem grünen Kernanliegen, durch Regeln, Gesetze und Verbote «uns als Menschen im Alltag zu entlasten», wohnt eine abgründige Unwucht inne: Die Grünen öffnen das Tor zur Vormundschaft des Staates. Sie misstrauen dem Menschen und fürchten seine Freiheit.

Quoten sollen die Freiheit in die richtigen Bahnen lenken. Obergrenzen pro Stall und «nicht mehr als zwei Großvieheinheiten pro Hektare» sind sinnvoll und relativ leicht umsetzbar. Auch «ambitionierte Recyclingquoten» und eine «ansteigende nationale Quote für emissionsfreie Autos», ehe 2030 nur noch solche Autos zugelassen werden sollen, könnten politische Mehrheiten organisieren. Wie aber verhält es sich mit einer geforderten Frauenquote von 40 Prozent «auf allen Ebenen» des Wissenschaftsbetriebs? Was geschieht, wenn partout nicht genügend Frauen Bergbau, Mechatronik oder Mathematik studieren wollen? Lässt man Professuren lieber unbesetzt, als sie an einen Mann zu vergeben?

Ähnlich dürfte es sich mit der 50-Prozent-Quote in allen diplomatischen und multilateralen Verhandlungen verhalten. Zur Freiheit gehört auch die Freiheit, sich für einen Beruf nicht zu entscheiden. Dass die Partei trotz mehrmals bestätigter Verfassungswidrigkeit an einer gesetzlich verankerten Geschlechterparität in deutschen Parlamenten festhält, bestätigt die unlängst von dem ehemaligen deutschen Innenminister und FDP-Mitglied Gerhart Baum diagnostizierte «Geringschätzung grundrechtlicher Freiheit und rechtsstaatlicher Grundsätze» bei den Grünen.

Die deutsche Staatsbürgerschaft als Durchhalteprämie

Wenn das Klima das politische Mandat erteilt und nur der Planet die Grenzen setzt, sind Staatsbürger praktische Varianten des Weltbürgertums. Das Angebot an alle, das die Grünen machen wollen, ist ein Angebot an «alle, die dauerhaft ihren Lebensmittelpunkt hier haben». Vor dem grünen Weltgewissen bündeln sich legale und illegale Aufenthalte zur opaken Gruppe der «neu ankommenden» Menschen. Wer es fünf Jahre schafft, nicht des Landes verwiesen zu werden, wird mit sicherem Bleiberecht belohnt und darf einen Antrag auf Einbürgerung stellen.

Andere Bedingungen gibt es nicht. Die deutsche Staatsbürgerschaft wird zur Durchhalteprämie. Die Grünen treten den neuen Deutschen gegenüber wie den Kindern. Plötzlich waltet geradezu religiös grundierter Optimismus. Kinder sind samt und sonders «werdende Demokrat*innen», Migranten ausnahmslos Repräsentanten schützenswerter Vielfalt. So wird inmitten globaler Transformationsstürme ein heiles Bild von Zukunft konserviert.

Robert Habeck hält die Grünen für keine linksradikale Kraft. Sieht man von der grünen Jugend ab, stimmt die Diagnose. Der Vorsitzende hält seine Partei aber auch für eine «gesellschaftlich liberale Kraft». Anhand des Wahl- und des Grundsatzprogramms lässt sich diese These nur in Randbereichen aufrechterhalten. Im Ganzen sind die Grünen weder liberal noch bürgerlich, werden aber von immer mehr bürgerlichen Liberalen gewählt. Ob diese je einen Blick auf die zahllosen Leitplanken warfen, mit denen die Grünen Deutschland regulieren, die Wirtschaft transformieren und die Gesellschaft umbauen wollen? Das große Ganze, weiß Annalena Baerbock, ist immer «wahnsinnig komplex».

3. Beispiele von Einzelforderungen des Wahlprogramms

Z. 164/165

„**Ausschreibungs- und Beschaffungskriterien** sind so anzupassen, dass möglichst ökologisch nachhaltige Technologien vorrangig zum Einsatz kommen.“

- Die verbindliche Aufnahme vergabefremder Kriterien erhöht den bürokratischen Aufwand und zudem die Kosten. Damit soll im Vergabegesetz genau das umgesetzt werden, was wir als vergabefremde Kriterien definieren und in Hessen nur als Kann-Regelung aufgenommen wurde.

Z. 113 ff i.V.m. 182 ff

„Wir machen die planetaren Grenzen zum Leitprinzip unserer Politik und **verändern entsprechend die Wirtschaftsweise**. [...] Von jetzt an wird belohnt [...], was Mensch und Tier, Klima und Natur schützt. Und was zerstörerisch wirkt, muss dafür auch die Kosten tragen und **Schritt für Schritt überwunden werden**. [...] Wir sehen es als unsere Verpflichtung, Unternehmen und ihre Beschäftigten auf dem Weg hin zu einem klimaneutralen Wirtschaftssystem zu unterstützen. Gerade auch dort, wo sich Jobprofile grundlegend verändern oder Arbeitsplätze verloren gehen [...] in der **ökologischen Transformation [...]**“

- In schöne Worte verpackt, wird hier der grundlegende Umbau unseres Wirtschaftssystems angekündigt. „Zerstörerisch“ im Sinne der Grünen sind sicher Bereiche wie Rohstoffgewinnung und -verarbeitung, der Automobilsektor, die Landwirtschaft u.v.m.

Z. 191 ff.

„Zudem wollen wir die **betriebliche Mitbestimmung bei Entscheidungen über die ökologische Transformation stärken**. Unternehmen, Gewerkschaften und Betriebsräte wissen gemeinsam am besten, wie die Transformation zu gestalten ist.“

- Deutlicher Eingriff in Unternehmensentscheidungen.

Z. 233 iVm 1415:

„Wir wollen die Erhöhung des CO₂-Preis von 2025 auf 2023 vorziehen und auf 60 Euro erhöhen. Danach soll der CO₂-Preis so ansteigen, dass er im Konzert mit den Fördermaßnahmen und ordnungsrechtlichen Vorgaben die Erfüllung des neuen Klimaziels 2030 absichert. [...] Wollte man die Klimaziele allein über die Bepreisung von CO₂ erreichen, müsste der Preis 180 Euro betragen.“

- Die unmittelbare (vorgezogene) Erhöhung des CO₂-Preises auf 60€/t bewirkt unmittelbar einen **Anstieg des Preises** für Benzin, Diesel und Heizöl um rd. 18ct/l zum Vergleichsjahr 2020. Dazu kommt die Forderung nach dem Ende des Diesel-Privilegs, für Dieselfahrer weitere 18ct/l. Dazu kommt der Hinweis, dass der Preis „eigentlich“ bei 180€/t liegen müsste. Dieser Preis bedeutete an der Zapfsäule einen Aufschlag von rund 65ct/l.

Z. 260 ff.

„Nach dem Willen der Großen Koalition werden in Deutschland Kohlekraftwerke noch bis 2038 dem Klima und unserer Gesundheit schaden. Das ist mit den Klimazielen nicht vereinbar. Wir setzen uns dafür ein, **den Kohleausstieg bis 2030 zu vollenden**.“

- Wie der Verzicht auf Kohlestrom noch schneller umgesetzt werden soll, bleibt offen.

Z. 293 bis 299

„Auch beim Ausbau der **Windkraft** müssen wir schneller vorankommen. [...] Alle Bundesländer haben hierfür ihre entsprechenden Beiträge zu leisten. Verhinderungsplanungen, etwa über exzessive Mindestabstände zu Siedlungen müssen der Vergangenheit angehören. [...]

- Es wird nicht erläutert, was „exzessiv“ bedeutet, aber teilweise wurden von grüner Seite auch die 1000m schon kritisiert und eher 600m für richtig gehalten.

[...] gilt es, den Konflikt mit Natur- und Artenschutz zu minimieren [...].“

- Die jüngsten Versuche, die aktuelle Rechtsprechung und die Erfahrungen mit der Verwaltungsvorschrift Windkraft zeigen, dass dies europarechtlich bedenklich und nicht umsetzbar ist.

Z. 464 bis 466

„Wir wollen Kommunen ermöglichen, in geschlossenen Ortschaften das Regel-Ausnahme-Verhältnis beim **Tempolimit** umzukehren. Für die Autobahnen wollen wir ein Sicherheitstempo von 130.“

- Neben dem Tempolimit auf Autobahnen heißt Umkehr des Regel-Ausnahme-Verhältnisses innerorts praktisch: Erstmal überall 30.

Z. 526 ff.

„**Kurzstreckenflüge** wollen wir bis 2030 überflüssig machen. [...] **Umweltschädliche Subventionen im Flugverkehr sind abzubauen** und **Finanzhilfen für unwirtschaftliche Regionalf Flughäfen** zu beenden. Neben einer Reduktion des Fluglärms durch weniger und bessere Flugzeuge braucht es ein **echtes Nachtflugverbot.**“

- ➔ Flugverkehr soll stark reduziert und Regionalf Flughäfen geschlossen werden – mit all den Auswirkungen auf den Standort Hessen. „Kurzstrecke“ meint dabei im Flugverkehr i.d.R. eine Entfernung bis 1000km. Von Frankfurt aus betrifft das u.a. die Städte London, Wien, Prag, Warschau, Paris, Brüssel, Kopenhagen und Rom, in die man nicht mehr fliegen, sondern mit der Bahn fahren soll.

Z. 632 ff.

„Wir setzen uns für ein Ende der Förderung **fossiler Energieträger** ein. In der deutschen Ausschließlichen Wirtschaftszone wollen wir einen sofortigen Stopp neuer Öl- und Gasbohrungen [...] sowie ein Förderende bis 2025. Auf europäischer und internationaler Ebene setzen wir uns für ein Ende der Öl- und Gasförderung in der gesamten Nord- und Ostsee ein. [...] Wir wollen auch den **Ausstieg aus dem Kies- und Sandabbau** vorantreiben.“

- ➔ Ende der Förderung fossiler Energie in Deutschland und Europa (inkl. Nord- und Ostsee) bedeutet nicht nur den Verlust von Arbeitsplätzen und Wertschöpfung, sondern auch den Import des gesamten Bedarfs an Öl und Gas, vornehmlich aus dem Nahen Osten und Russland, was faktisch deutlich umweltschädlicher ist, erst recht vor dem Hintergrund der Transportwege. Gleiches gilt für den Stopp von Kies- und Sandabbau. Beides macht unser rohstoffarmes Land immer stärker abhängig vom Weltmarkt ohne die hohen Umweltstandards und eigene Steuerungselemente.

Z. 672 f.

„Wir wollen die Minderungsziele für **Luftschadstoffe** und die **Grenzwert-Empfehlungen** der Weltgesundheitsorganisation schnellstmöglich umsetzen.“

- ➔ Klingt gesund, aber dahinter steckt v.a. die Halbierung des Grenzwerts für Feinstaub. Die WHO empfiehlt einen Grenzwert von 10/20mg, EU-weit haben wir gerade 25/40mg. Diese WHO-Grenzwerte würden in Industriegesellschaften fast überall gerissen - nicht nur in Großstädten, sondern auch in ganz vielen mittleren Kreisstädten. Die Emissionen kommen aus Industrie, Landwirtschaft, Verkehr, Heizungen. Um diesen Wert einzuhalten, müsste man ganz drastisch in all diese Bereiche eingreifen. Also bspw.: Holzöfen und Kamine recht pauschal verbieten. Verkehr ganz drastisch reduzieren (neue Modelle bringen wenig, weil der Staub v.a. vom Reifenabrieb und nicht aus dem Motor kommt), Industrieproduktion entweder einstellen oder durch extrem aufwändige Luftauffangsysteme drastisch verteuern, Landwirtschaft weiter erschweren etc.

Z. 770

„Klimaschutz heißt auch, dass wir als Gesellschaft **weniger tierische Produkte** produzieren und **konsumieren werden.**“

- ➔ Es geht nicht um ein „sollen“, sondern um ein „werden“. Nicht erklärt wird, mit welchen Mitteln dafür gesorgt wird, dass dies eintritt. Da kann man eine Menge hineinlesen, v.a. in Verbindung mit den Aussagen im Landwirtschaftsteil mit der Forderung, dass diese „deutlich weniger Tiere halten“ muss, durchgesetzt u.a. durch Stallbegrenzungen, strikte Flächenbindung etc.

Z. 1014

„Freiwillige Regelungen haben nichts gebracht. Deshalb soll zukünftig **mindestens ein Drittel der Vorstandssitze** größerer und börsennotierter Unternehmen bei einer Neubesetzung **an eine Frau gehen.**“

Z. 1379

„Den neu geschaffenen Wiederaufbaufonds verstetigen wir, integrieren ihn fest in den EU-Haushalt, ermöglichen so eine demokratische Kontrolle und nutzen ihn auch dauerhaft, um in wichtige Zukunftsbereiche zu investieren, [...]. Wir wollen [...] den Stabilitäts- und Wachstumspakt so reformieren, dass ein zu hoher Spardruck verhindert wird.“

- ➔ Das ist in der Gesamtschau die klare Forderung nach einer **dauerhafter Schulden-Union** in der EU.

Z. 1438

„Wir wollen die Schuldenbremse im Grundgesetz zeitgemäß gestalten – um die so dringenden Investitionen zu ermöglichen. [...] bei Investitionen, die neues öffentliches Vermögen schaffen, erlauben wir eine begrenzte Kreditaufnahme.“

- ➔ Das bedeutet die **Abschaffung der Schuldenbremse** in ihrer jetzigen Form.

Z. 1451 ff.

„Heute tragen die obersten 10 Prozent der Einkommen über Steuern und Abgaben relativ weniger bei als die mittleren Einkommen. Das ändern wir, indem wir den Grundfreibetrag der Einkommensteuer erhöhen, um kleine und mittlere Einkommen zu entlasten. Im Gegenzug wollen wir den **Spitzensteuersatz** moderat anheben. Ab einem Einkommen von 100.000 Euro für Alleinstehende und 200.000 Euro für Paare wird eine neue Stufe mit einem Steuersatz von 45% eingeführt. Ab einem Einkommen von 250.000 bzw. 500.000 Euro folgt eine weitere Stufe mit einem Spitzensteuersatz von 48%. Zusätzlich werden hohe Managergehälter oberhalb von 500.000 Euro nicht mehr zum Abzug als Betriebsausgaben zugelassen. Die Abgeltungsteuer für Kapitalerträge schaffen wir ab und besteuern diese Einkommen wieder progressiv. [...] Mit der immer stärker steigenden Ungleichheit finden wir uns nicht ab, sondern wollen große Vermögen nach der Coronakrise wieder besteuern. [...] Die Einführung einer neuen **Vermögenssteuer** für die Länder ist unser bevorzugtes Instrument. [...] Sie sollte für Vermögen oberhalb von zwei Millionen Euro pro Person gelten und jährlich ein Prozent betragen.“

- Bisher liegt der Spitzensteuersatz bei 45%, allerdings für höheres Einkommen. Geplant wird also eine satte **Steuererhöhung**. Dazu die Vermögenssteuer – hier liegt die Problematik vor allem in der Umsetzung. Es wird von fachlicher Seite erwartet, dass der Erhebungsaufwand höher ist als der Ertrag.

Z. 1668 ff.

„Den **gesetzlichen Mindestlohn** werden wir sofort auf 12 Euro anheben. Für weitere Erhöhungen soll die Mindestlohnkommission den Auftrag bekommen, dass der Mindestlohn wirksam vor Armut schützen und mindestens der Entwicklung der Tariflöhne entsprechen muss.

- Das bedeutet faktisch: Abschaffung der Unabhängigkeit der Mindestlohn-Findungskommission.

Z. 2134 ff.

„Konkret wollen wir **Mietobergrenzen** im Bestand mit einem Bundesgesetz ermöglichen und die Mietpreisbremse entfristen und nachschärfen. Reguläre Mieterhöhungen sollen auf 2,5 % im Jahr innerhalb des Mietspiegels begrenzt werden.“

- Diese Mietobergrenze ist zwar erst kürzlich vom BVerfG für Berlin als verfassungswidrig eingestuft worden – aber nur aus formalen Gründen der föderalen Ordnung. Materiell rechtlich hat das sich das BVerfG nicht geäußert. Es handelt sich damit um eine reale Gefahr für die Vermieter in Deutschland mit allen absehbaren Folgen auf Wirtschaftlichkeit, Neubau, Sanierung und auch dazu, dass einzelne Objekte gar nicht erst vermietet werden.

Z. 2783

„Für mehr Repräsentanz und Teilhabe werden wir ein Partizipations- und Teilhabegesetz vorlegen und das Bundesgremiengesetz reformieren. Alle, die dauerhaft ihren Lebensmittelpunkt hier haben, sollen ein **kommunales Wahlrecht** erhalten.“

- Widerspricht unseren Vorstellungen von demokratischen Rechten für jene, die nicht zumindest EU-Ausländer sind.

Z. 2905 ff.

„Es ist höchste Zeit für eine faire Verteilung von Macht. Unsere repräsentative Demokratie muss diverser werden, unsere Parlamente brauchen die Vielfalt der Herkunft und Lebenswege. [...] Wir wollen die Parität vorantreiben und entsprechende Gesetzesänderungen auf den Weg bringen.

- Die Forderung nach einem **Paritätsgesetz** ist nicht neu, bislang aber verfassungsrechtlich überall gescheitert.

Z. 2922

„Darum werden wir uns dafür einsetzen, das **Wahlalter** für Bundestags- und Europawahlen **auf 16 Jahre** abzusenken.“

Z. 2871

„Die besondere **Beziehung zwischen Staat und [...] Kirchen** wollen wir erhalten und wo nötig der gesellschaftlichen Realität anpassen. So wollen wir, dass bspw. das kirchliche Arbeitsrecht reformiert wird. Außerdem wollen wir die Vollendung des Verfassungsauftrags zur Ablösung der Staatsleistungen umsetzen.“

- Die „Vollendung“ des Verfassungsauftrages bedeutet nichts anderes als ein „Schleifen“ der kirchlichen Privilegien und einen Generalangriff auf das Staatskirchenrecht und auf die Finanzierung der christlichen Kirchen insgesamt. Gemeint ist die Einstellung der Zahlungen an die Kirchen, die bisher als Ausgleich für ehemalige Enteignungen und zur Wahrnehmung bestimmter staatlicher

Aufgaben rund 500 Mio. p.a. erhalten. Einige Verfassungsrechtlicher glauben, das könne auslaufen, nachdem der Auftrag seit der Weimarer Reichsverfassung besteht.

Z. 3019

„Wer in Deutschland geboren wird, soll die Möglichkeit erhalten, deutsche*r Staatsbürger*in zu werden, wenn ein Elternteil rechtmäßig seinen gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland hat. Für Menschen, die hier jahrelang leben und Teil dieser Gesellschaft geworden sind, sollen Einbürgerungen früher möglich werden. Nach 5 Jahren [...] in Deutschland sollen alle einen Antrag auf Einbürgerung stellen können. Den Optionszwang im **Staatsangehörigkeitsrecht** wollen wir abschaffen und Mehrstaatigkeit anerkennen.“

- Nach 5 Jahren soll jeder die Staatsbürgerschaft bekommen ohne irgendwelche Voraussetzungen zu erfüllen, außerdem wird die doppelte Staatsbürgerschaft für alle angestrebt.

Z. 3063 bis 3079

„Wir wollen, dass **Asylverfahren** in Deutschland rechtssicher, fair und transparent gestaltet sind. [...] Eine nichtstaatliche unabhängige Asylverfahrensberatung für alle Asylsuchenden, von der Ankunft bis zum Abschluss des Asylverfahrens, wollen wir sicherstellen und die [...] Verweildauer von Geflüchteten in den Erstaufnahmeeinrichtungen auf mögliche 18 Monate rückgängig machen auf wieder 6 Monate. [...] Wir beenden die flächendeckenden und anlasslosen Widerrufsprüfungen durch das BAMF und optimieren so das Asylprozessrecht. Wir wollen das Asylbewerberleistungsgesetz abschaffen und damit eine verfassungsrechtlich nicht gerechtfertigte Ungleichbehandlung von Geflüchteten [...]. Integrationsfeindliche gesetzliche Regelungen wie Arbeitsverbot und pauschale Wohnsitzauflage schaffen wir ab. Die in den vergangenen Jahren vorgenommenen Aushöhlungen des Asylrechts wollen wir zurücknehmen. Die Ausrufung **sicherer Herkunfts- oder Drittstaaten** lehnen wir ab –auch auf europäischer Ebene.“

- Im Rahmen der Asylpolitik wird ein Systemwechsel angestrebt, der an vielen Stellen zu Veränderungen führen würde. Besonders spannend ist die Streichung des Asylbewerberleistungsgesetzes. Wenn man das tut, schafft man vollen und unbeschränkten Zugang der Asylbewerber zu allen Sozialleistungen: Unterbringungen in Gemeinschaftsunterkünften, Anrechnung von Verpflegung und Gutscheinen auf Sozialhilfesatz, Wohnsitzauflagen usw. wären dann erledigt. Asylbewerber hätten volles Anrecht auf Hartz 4
- Dazu kommt die pauschale Ablehnung sicherer Drittstaaten – ausdrücklich sogar auf Ebene der EU. Abschiebungen und die Durchführung der Dublin-III-Bestimmungen würden damit weiter erschwert.

Z. 3247

„Wir wollen den **Verfassungsschutz** strukturell neu aufstellen: zum einen mit einem unabhängigen, wissenschaftlich und unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft aus öffentlichen Quellen arbeitenden Institut zum Schutz der Verfassung. Zum anderen mit einem verkleinerten Bundesamt für Gefahrenerkennung und Spionageabwehr, das mit rechtsstaatskonformen nachrichtendienstlichen Mitteln klar abgegrenzt von polizeilichen Aufgaben arbeitet.“

- Dies bedeutet u.a. eine **Zerschlagung des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV)**. Bereits die mit der vorstehenden Forderung formulierte Unterstellung, das BfV arbeite nicht rechtsstaatskonform und nicht klar abgegrenzt von polizeilichen Aufgaben, ist falsch. Die Aufteilung in ein „Institut zum Schutz der Verfassung“ und ein kleineres BfV gefährdet die Arbeits- und Leistungsfähigkeit des BfV in einem Ausmaß, das einer Zerschlagung gleichkommt. Auch ein verkleinertes „Bundesamt für Gefahrenerkennung und Spionageabwehr“ könnte seinen umfangreichen und vielfältigen Aufgaben und seinem Zweck nicht gerecht werden.

Z. 3283

„Den privaten **Waffenbesitz** tödlicher Schusswaffen wollen wir weitestgehend beenden.“

- Was das für Sportschützen sowie Jäger u.a. bedeutet, ist absehbar.

Z. 3532 ff.

„Darum setzen wir uns dafür ein, für alle verbleibenden Politikbereiche, in denen heute noch im Einstimmigkeitsprinzip entschieden wird, Mehrheitsentscheidungen in Mitentscheidung des Europäischen Parlaments einzuführen. Das ist auch deshalb wichtig, um bei weiteren Erweiterungsrunden der EU deren Handlungsfähigkeit zu sichern.“

- Diese **Abschaffung der Einstimmigkeit** ist gerade in Fragen der Steuer- und Außenpolitik heikel.

Z. 3970 ff.

„Auch Menschen mit subsidiärem Schutzstatus müssen deshalb ihre Kernfamilien ohne die bisherigen

Einschränkungen nachholen können und mit Flüchtlingen gleichgestellt werden. Wir wollen den Geschwisternachzug wieder ermöglichen.“

- ➔ Die Einschränkungen im Bereich des **Familiennachzugs** sollen weitgehend aufgehoben werden, Menschen mit subsidiärem Schutzstatus müssen ihre Kernfamilien ohne die bisherigen Einschränkungen nachholen können und mit Flüchtlingen gleichgestellt werden; Geschwisternachzug soll ermöglicht, humanitäre Visa genutzt werden.
- ➔ Auch das ist ein großer Unterschied zu den Positionen der CDU: seit 2018 ist der Nachzug subsidiär Schutzberechtigter neu geordnet und die Anzahl auf maximal 1.000 Personen pro Monat und engste Familienangehörige beschränkt.

Z. 4000 ff.

„**Landesaufnahmeprogramme** ermöglichen“

- ➔ Bislang werden solche aufnahmen durch den Bund koordiniert und das sollte auch zukünftig so bleiben, im Sinne klarere Zuständigkeiten und einer klaren Migrationssteuerung.